



Geschäftsführung Rechnungsprüfungsausschuss

Frau Duggan

Telefon: (0221) 221-22928

Fax: (0221) 221-25501

E-Mail: simone.duggan@stadt-koeln.de

Datum: 07.03.2016

Niederschrift

über die **10. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 18.02.2016, 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	Vorsitzender
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Sven Kaske	SPD	
Herr Gerrit Krupp	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	Vertreter für Herrn Erkelenz
Herr Stephan Pohl	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	Vertreterin für Frau Henk-Hollstein
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	Vertreterin für Frau Schwab
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE	
Herr Reinhard Houben	FDP	

Rechnungsprüfungsamt

Herr Hans-Jochen Hemsing
Frau Barbara Schneider
Herr Rainer Straub
Herr Klaus Heller
sowie verschiedene Prüferinnen und Prüfer

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen Dez. I und Vertretung für Herrn Höing, Dez. VI
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein Dez. IV
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug Dez. II und Vertretung für Dez. V

Herr Rana Martin Bhattacharjee	5000-8
Herr Klaus Friedel	200
Herr Hans-Jürgen Hilp	260-2
Herr Frank Höller	201
Herr Josef Klasen	620-2
Herr Heribert Krichel	660
Herr Max Künnemann	Dez. II
Herr Kai Lachmann	662
Herr Michael Lohaus	VII-2
Herr Gerd Neweling	69
Herr Hans-Christian Olpen	501-0
Frau Anja Ramos	50-504
Herr Richard Reischl	Dez. II
Herr Bernd Rosenberger	260
Herr Andreas Rößler	123-4
Frau Corinna Steinmann	01-12
Frau Angela Stolte-Neumann	661
Herr Klaus-Peter Völlmecke	511
Herr Patrick Wasserbauer	46

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Frau Luisa Schwab	Grüne

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD
--------------------	-----

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Herr Detjen alle Anwesenden.

Er eröffnet die Sitzung und weist auf folgende Zusetzungen zur Tagesordnung hin:

- 5.1 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2014 - Beteiligungsbericht 2014
0083/2016

- 6.4 Nachfragen zum Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket
Rechnungsprüfungsausschuss vom 10.12.2015, TOP 6.1
0333/2016

- 6.5 Eingeschränkte Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse 2011 und 2012
Rechnungsprüfungsausschuss 05.11.2015, TOP 5.1 und 10.12.2015,
TOP 8.3
0517/2016
Tischvorlage
- 6.6 Sachstandsmitteilung zu Elternbeiträgen und Vormerkliste Kitas
0059/2016
Tischvorlage
- 14.5 Sachstandsbericht zu möglichen Erstattungsansprüchen der Stadt Köln wegen erfolgter Fehlbuchungen im Jobcenter Köln
Rechnungsprüfungsausschuss 18.06.2015, TOP 6.3
0281/2016

Herr Detjen informiert, dass sich die Stadtkämmerin Frau Klug verspäten werde. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, die Beratung der relevanten TOPs zurückzustellen, bis Frau Klug eintreffe. Ferner könne der Beigeordnete Herr Höing nicht an der Sitzung teilnehmen, da er eine Terminvertretung für Frau Oberbürgermeisterin Reker wahrzunehmen habe. Herr Stadtdirektor Kahlen wurde als Vertretung für Herrn Höing benannt, so dass die Prüfberichte „Planung und Projektsteuerung bei - 66 - Amt für Straßen und Verkehrstechnik“ und „Klärung der Eigentumsverhältnisse am "Medienkanal" Geestemünder Straße“ heute unter TOP 13.1 und 13.2 behandelt werden können.

Außerdem verweist Herr Detjen auf die kurzfristige Vorlage der Mitteilung zu TOP 6.6 „Sachstandsmitteilung zu Elternbeiträgen und Vormerkliste Kitas“. Er bittet die Tischvorlage zurück zu stellen und im nächsten Rechnungsprüfungsausschuss zu behandeln.

Der Rechnungsprüfungsausschuss ist mit den Zusetzungen zur Tagesordnung, der Absetzung von TOP 6.6 von der Tagesordnung und mit der Änderung der Beratungsreihenfolge einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 2.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - Wirtschaftlichkeitsvergleich
Rechnungsprüfungsausschuss 05.11.2015, TOP 2.2
Nachfragen von Herrn Detjen und Frau Möller
3733/2015
 - 2.2 Prüfung von Brandschutzmängeln in Porz- Finkenberg
Rechnungsprüfungsausschuss 10.12.2015, TOP 8.1
Anfrage von Frau Möller
0287/2016
- 3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr
2014 - Beteiligungsbericht 2014
0083/2016
- 6 Mitteilungen**
 - 6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2015
3335/2015
 - 6.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe
Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2015
3336/2015
 - 6.3 Projekt zur Einführung eines neuen integrierten Kassen- und Einnahmema-
nagementverfahrens (SAP PSCD)
7. Sachstandsbericht
0304/2016

- 6.4 Nachfragen zum Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket Rechnungsprüfungsausschuss vom 10.12.2015, TOP 6.1 0333/2016
- 6.5 Eingeschränkte Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse 2011 und 2012 Rechnungsprüfungsausschuss 05.11.2015, TOP 5.1 und 10.12.2015, TOP 8.3 0517/2016
- 6.6 Sachstandsmitteilung zu Elternbeiträgen und Vormerkliste Kitas 0059/2016
zurückgestellt

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

8 Anfragen

- 8.1 Haushaltsplanaufstellung, Erlass des Innenministeriums
Anfrage von Frau Möller

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

- 9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand: 30.11.2015
3947/2015
- 9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand: 23.12.2015
0122/2016

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 10.1 Überlassung von Räumen/Immobilien aus dem Fiskalbesitz für kulturelle Nutzung
Rechnungsprüfungsausschuss 10.12.2015, TOP 15.3
Nachfrage von Herrn Houben
0128/2016

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

12 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13 Beschlussvorlagen

- 13.1 Prüfbericht Planung und Projektsteuerung bei - 66 - Amt für Straßen und Verkehrstechnik
2690/2015
- 13.2 Prüfbericht Klärung der Eigentumsverhältnisse am "Medienkanal"
Geestemünder Straße
0228/2016
- 13.3 Prüfung Ordnungsgemäße Leistungsgewährung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende beim Jugendamt bzw. Jobcenter Köln
3236/2015
- 13.4 Abberufung mehrerer Prüferinnen und eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
0284/2016

14 Sachstandsberichte zu Prüfungen

- 14.1 Prüfung des ordnungsgemäßen und sicheren Einsatzes der Informationsverarbeitung im Kalenderjahr 2015
0214/2016
- 14.2 Prüfung der Kasseneinrichtungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2015
0182/2016
- 14.3 Prüfbericht Kooperationsverträge offene Ganztagschule im Primarbereich (OGS) bei 40 - Amt für Schulentwicklung
Rechnungsprüfungsausschuss 20.11.2014, TOP 13.3
0162/2016
- 14.4 Programmprüfungen nach § 103 Abs. 1 Ziffer 6 GO; Programmprüfung des Verfahrens zur Abrechnung der städtischen Telefongebühren beim Amt für Informationsverarbeitung
Rechnungsprüfungsausschuss vom 19.03.2015, TOP 14.1
0327/2016
- 14.5 Sachstandsbericht zu möglichen Erstattungsansprüchen der Stadt Köln wegen erfolgter Fehlbuchungen in der ARGE Köln bzw. im Jobcenter Köln
Rechnungsprüfungsausschuss 18.06.2015, TOP 6.3
0281/2016

15 Mitteilungen

- 15.1 Baumängel Kulturzentrum am Neumarkt
Rechnungsprüfungsausschuss 29.01.2015, TOP 10.1
3822/2015

16 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

- 16.1 Prüfbericht Umwandlung von Tennenplätzen in Kunstrasenplätze bei 52 -
Sportamt
Rechnungsprüfungsausschuss 05.11.2015, TOP 13.1
Sportausschuss 03.12.2015, TOP 11.1
0079/2016

17 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Evaluation von ÖPP-Projekten - Wirtschaftlichkeitsvergleich Rechnungsprüfungsausschuss 05.11.2015, TOP 2.2 Nachfragen von Herrn Detjen und Frau Möller 3733/2015

Herr Detjen weist darauf hin, dass das Thema ÖPP aktuell in der Tagespresse aufgrund des Projekts zur „Neuen Historischen Mitte“ behandelt werde. Er resümiert, dass ÖPP - Projekte nach dem Bericht „Evaluation der ÖPP-Schulprojekte der Stadt Köln“ aus der Sitzung vom 07.05.2015 nicht immer als wirtschaftlich einzustufen seien sondern dies im Rahmen von Einzelbetrachtungen zu eruieren sei. Er schlägt vor, die Beratung des Themas zu beenden und die Verwaltung zu beauftragen, die öffentlichen Diskussionen weiter zu verfolgen und dem Ausschuss halbjährlich zu berichten. Er erlaubt sich jedoch die Bemerkung, dass ÖPP bei Schulen nicht immer geeignet sei, da Schüler, Eltern und Lehrer in der derzeitigen Praxis häufig in der Gebäudeunterhaltung eingebunden seien. Dies wäre bei der ÖPP - Variante nicht möglich.

Frau Möller ist mit der Beantwortung ihrer Nachfrage in Bezug auf die Vergleichbarkeit der Realisierungsvarianten unzufrieden. Sie bemängelt, dass auch in der aktuellen Vorlage wiederum die ÖPP - Variante mit äußerst vielen Vorteilen dargestellt wurde und zweifelt eine objektive Darstellung an. Außerdem weist sie auf die Aussage der Verwaltung hin, dass eine Vergleichbarkeit nicht mehr möglich sei, wenn ein Projekt bereits realisiert wurde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

2.2 Prüfung von Brandschutzmängeln in Porz- Finkenberg Rechnungsprüfungsausschuss 10.12.2015, TOP 8.1 Anfrage von Frau Möller 0287/2016

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anträge gestellt.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Es werden keine Anfragen gestellt.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2014 - Beteiligungsbericht 2014 0083/2016

Frau Dresler-Graf wiederholt ihren Vorschlag aus der Sitzung vom 18.06.2015, die Beteiligungsberichte nur noch auf ausdrücklichen Wunsch in papierener Form und ansonsten über das Ratsinformationssystem zur Verfügung zu stellen. Somit könnten enorme Druck- und Papierkosten eingespart werden.

Herr Höller begrüßt diesen Vorschlag und erläutert, dass der Umdruck der Berichte bereits auf ein absolutes Mindestmaß reduziert worden sei. Jedoch würden nicht bei allen Adressaten die technischen Voraussetzungen vorliegen, um eine ausschließliche Versendung in elektronischer Form durchführen zu können.

Herr Brust informiert, dass alleine in seinem Fraktionsbüro mehrere Kisten der umgedruckten Berichte stehen würden. Er sehe außerdem keine Kostenersparnis, solange weiterhin der Beteiligungsbericht, - auch eingeschränkt - umgedruckt werde. Er bittet den Umdruck des Beteiligungsberichts sowie auch des Haushaltsplanentwurfes einzustellen.

Herr Hemsing schlägt vor, dass Herr Höller vor Umdruck der nächsten Beteiligungsberichte sowie des kommenden Haushaltsplans eine Abfrage bei den Fraktionen zur Anzahl der gewünschten Druckexemplare durchführen solle.

Herr Höller sagt eine Abfrage zu.

Beschluss:

Das Rechnungsprüfungsamt **empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:**

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Mitteilungen

6.1 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2015 3335/2015

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 2. Baustufe
Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2015
3336/2015**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.3 Projekt zur Einführung eines neuen integrierten Kassen- und Einnahmemanagementverfahrens (SAP PSCD)
7. Sachstandsbericht
0304/2016**

Frau Dresler-Graf fragt, weshalb die Testmigration bisher nicht durchgeführt werden konnte und wann diese nachgeholt werde.

Herr Friedel berichtet, dass die Testmigration für den Gesamtdatenbestand voraussichtlich noch im kommenden März nachgeholt werde. Um diesen Schritt realisieren zu können, mussten zuerst wichtige Programmierarbeiten abgeschlossen werden.

Herr Houben kritisiert die erneut festzustellenden zeitlichen Verzögerungen. Er macht im Namen aller Fraktionen deutlich, wie überaus wichtig und dringlich die Einführung des PSCD - Systems im Hinblick auf die Testierfähigkeit der kommenden Jahresabschlüsse sei. Er hofft, dass dies auch allen Beteiligten in der Verwaltung bewusst sei.

Herr Detjen ist sich sicher, dass die Verwaltung der Einführung von PSCD oberste Priorität beimesse. Aufgrund der Wichtigkeit des Projekts bietet er außerdem parteiübergreifende Hilfe dieses Ausschusses an, falls diese benötigt werde. Er bittet um weitere Berichterstattung.

Herr Kahlen bestätigt die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Einführung des neuen Systems. Er verweist auf das bestehende Junktim zwischen der Prüfung und Testierung des Jahresabschlusses und der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts. Oberste Priorität habe weiterhin die Umsetzung des Systems zum 01.01.2017.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.4 Nachfragen zum Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket
Rechnungsprüfungsausschuss vom 10.12.2015, TOP 6.1
0333/2016**

Frau Möller bittet nach der vollständig erfolgten Abrechnung der dargestellten Transferleistungen um weitere Berichterstattung in 2016.

Herr Detjen weist auf einen Berechnungsfehler in der Mitteilung hin und korrigiert die dargestellte Unterdeckung von 2.385.000 Euro auf 3.385.000 Euro.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.5 Eingeschränkte Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse 2011 und 2012
Rechnungsprüfungsausschuss 05.11.2015, TOP 5.1 und 10.12.2015, TOP 8.3
0517/2016**

Frau Klug ist noch nicht eingetroffen. Die Beratung des TOPs wird zurückgestellt.

**6.6 Sachstandsmitteilung zu Elternbeiträgen und Vormerkliste Kitas
0059/2016**

zurückgestellt

7 Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Es liegen keine Beratungsergebnisse vor.

8 Anfragen

**8.1 Haushaltsplanaufstellung, Erlass des Innenministeriums
Anfrage von Frau Möller**

Frau Möller bezieht sich auf die von Frau Klug getätigte Aussage im Rechnungsprüfungsausschuss vom 10.12.2015, dass die Verwaltung bezüglich der Genehmigungsfähigkeit des Doppelhaushaltes auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Münster warte. Demnach sei eine Abhängigkeit der Genehmigung eines Haushaltsplanes von der Feststellung eines davorliegenden Jahresabschlusses unzulässig. Nun möchte Frau Möller wissen, ob sich die Erlasslage geändert habe.

Herr Hemsing bestätigt, dass es für das Haushaltsjahr 2016 einen Erlass gebe, nachdem die Beschlussfassung des Rates über den geprüften Jahresabschluss 2013 Voraussetzung zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltsplanes 2016 sei. Für das Haushaltsjahr 2017 gebe es bisher noch keinen Erlass.

Herr Detjen bittet, den Erlass des Innenministeriums zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen (*siehe hierzu Anlage 1*).

9 Berichte zur Kostenentwicklung der Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

**9.1 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand: 30.11.2015
3947/2015**

Die Beratung von TOP 9.1 findet gemeinsam mit TOP 9.2 statt.

9.2 Bericht über die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz
Stand: 23.12.2015
0122/2016

Frau Möller möchte wissen, wie die bestehenden Mängel im Bereich der technischen Ausrüstung ausgeräumt werden sollen. Außerdem interessieren sie der Stand bzw. etwaige Ergebnisse der Neuausschreibung in diesem Bereich.

Herr Detjen kritisiert den vorgelegten Bericht, welcher die aktuelle Situation auf der Baustelle nicht transparent darstelle. Dementsprechend bitte er um Auskunft, mit wie vielen Firmen Gespräche/ mit welchem Erfolg hinsichtlich der Fortsetzung der Arbeiten geführt wurden. Zum Abbau des bestehenden Misstrauens sei es erforderlich, dass das weitere Vorgehen der Verwaltung sowie die bereits ausgehandelten Sachstände transparent dargelegt würden.

Herr Wasserbauer führt aus, dass der neu erarbeitete Bericht des Projektsteuerers Herr Zarinfar seines Erachtens den aktuellen Zustand auf der Baustelle wiedergebe. Im Bereich der technischen Ausrüstung seien ungefähr 1000 Mängel, vorwiegend Kollisions-Planungsmängel, festgestellt worden. Diese konnte die Firma Derns nicht ausräumen, sodass das bestehende Vertragsverhältnis im November des letzten Jahres gekündigt wurde. Zum laufenden Vergabeverfahren gebe es momentan keinen neuen Sachstand.

Zu dem weiteren Ablauf führt Herr Wasserbauer aus, dass den auf der Baustelle tätigen Firmen aufgrund der Bauzeitenverlängerung bis zum 15.03.2016 insgesamt rund 30 Mio. Euro zufließen müssten. Dies bedürfe einer Dringlichkeitsentscheidung, da das bisherige Budget voll ausgeschöpft sei. Die durch die Oberbürgermeisterin Frau Reker im November angekündigten 404 Mio. Euro würden das neue benötigte Gesamtbudget darstellen.

Frau Möller möchte wissen, ob noch andere Mängel festgestellt wurden und ob Regressforderungen möglich seien bzw. realisiert würden. Des Weiteren sei unklar, für welche neuen Verpflichtungen das Geld aus der Dringlichkeitsentscheidung notwendig werde.

Herr Wasserbauer erklärt, dass die Verwaltung als öffentlich-rechtlicher Bauherr die Verpflichtung habe, allen - durch Externe verschuldeten - Mängeln nachzugehen. Es wurde zwischenzeitlich ein Anwaltsbüro beauftragt, welches gemeinsam mit 26 - Gebäudewirtschaft die Mängel aufliste. Des Weiteren verdeutlicht er, dass die stillgelegte Baustelle Kosten verursache. Diese seien in der Dringlichkeitsentscheidung dezidiert aufgeführt. Er werde die Vorlage dem Ausschuss zukommen lassen.

Herr Detjen verdeutlicht noch einmal mit Nachdruck sein Anliegen, zu erfahren, mit wie vielen Firmen Verhandlungen stattgefunden hätten und ob bereits Firmen die Weiterarbeit abgelehnt hätten. Er stellt zudem fest, dass es keine andere Option gebe, als die Baustelle fertig zu stellen. Jedoch stehe er als Politiker bei der Bürgerschaft in der Pflicht, Rechenschaft abzulegen. Dies falle ihm aufgrund der wenig aufschlussreichen Berichte und Informationen sehr schwer.

Herr Wasserbauer macht die Aussage, dass Stand heute keine Firma die Weiterarbeit verweigert hätte. Jedoch gebe es aus den zuvor genannten Gründen noch keine konkreten vertraglichen Abschlüsse darüber. Eine diesbezügliche Darstellung müsste durch 26 - Gebäudewirtschaft erstellt werden.

Herr Dr. Unna bemängelt den Monatsbericht hinsichtlich des groben Zeitplanes. Zudem bezweifelt er stark, dass durch einen neuen technischen Geschäftsführer, die sich darstellenden Probleme gelöst werden könnten.

Herr Detjen hält es nicht für die Aufgabe von Herrn Wasserbauer detailliert den Bericht des Projektsteuerers Herr Zarinfar zu erläutern.

Herr Hemsing wendet ein, dass die Vorlage durch Dezernat VI - 26 - Gebäudewirtschaft erstellt wurde und die Verwaltung damit auch in der Lage versetzt sein sollte, den Bericht zu interpretieren.

Herr Wasserbauer erklärt daraufhin, dass es derzeit nicht möglich sei, über den bestehenden Rahmenterminplan hinaus zu planen, da hierzu über Vertragsinhalte verhandelt und Vertragsabschlüsse getätigt werden müssten. Er gibt den Ausblick, dass Verträge eventuell im III. Quartal 2016 geschlossen werden könnten. Ferner führt er aus, dass man sich nicht nur auf die Neuausschreibung eines neuen Fachplanungsbüros für die Anlagen der Technischen Ausrüstung konzentriere, sondern sich bereits jetzt darüber verständigt habe, dass Projekt auf allen Ebenen (von den bauausführenden Firmen, über Planer, Bauleiter und Projektleiter bis hin zum Bauherren) personell zu verstärken, um somit die Grundlage für eine Neuaufstellung zu schaffen.

Herr Kahlen erläutert, dass der Bericht durch Herrn Zarinfar bereits optimiert wurde und dem englischen Standard entspreche, welche eine Darstellung der Risiken, ein Ablesen der Gründe und ein konkretes Nachfragen ermögliche. Aufgrund der derzeitigen Neuorientierung und der laufenden Umstrukturierungsprozesse seien die Risikofaktoren präventiv höher bewertet worden. Er gibt Herrn Hemsing in seiner Aussage Recht, sieht Herrn Zarinfar jedoch noch immer in Sachen Bericht als ersten Ansprechpartner. Er empfiehlt dem Ausschuss ein Gespräch - auch außerhalb eines förmlichen Ausschusstermins - mit der Verwaltung und Herrn Zarinfar, um den neu gestalteten Bericht sowie dessen Vorteile erläutert zu bekommen. Er kann die Kritik der Politik nachvollziehen und versteht, dass eine Kommunikation mit der Bürgerschaft auf der derzeit vorliegenden Grundlage schwierig sei.

Herr Hemsing entgegnet, dass die Verwaltung auch ohne Herrn Zarinfar in der Lage sein müsse, über Ergebnisse in der Weiterentwicklung auf der Baustelle sowie über Gutachten zu Schadensfeststellungen zu berichten. Er informiert, dass das Rechnungsprüfungsamt umfangreich Nachträge geprüft habe und Zahlungen aufgrund von Zeitverzögerung stattfinden würden. Zu bemängeln seien jedoch fehlende klare Aussagen über Ergebnisse der Schadensfeststellungen sowie der Realisierung von möglichen Regressforderungen.

Herr Detjen bittet abschließend um die Teilnahme des Beigeordneten Dez. VI und des Projektsteuerers, Herrn Zarinfar an der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses. Er erwarte eine aussagekräftige Übersicht über den Stand der Gesprächsverhandlungen mit den einzelnen Firmen. Nur auf dieser Basis könne eine Unterstützung durch den Rechnungsprüfungsausschuss sowie durch das Rechnungsprüfungsamt angeboten werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht zu TOP 9.1 und zu TOP 9.2 zur Kenntnis.

Herr Detjen stellt fest, dass *Frau Klug zwischenzeitlich eingetroffen sei und möchte nun den TOP 6.5 behandeln.*

**6.5 Eingeschränkte Bestätigungsvermerke für die Jahresabschlüsse 2011 und 2012
Rechnungsprüfungsausschuss 05.11.2015, TOP 5.1 und 10.12.2015, TOP 8.3
0517/2016**

Herr Detjen erinnert noch einmal an die seinerzeit bestehenden erheblichen Bedenken des Ausschusses gegen die eingeschränkte Testierung des letzten Jahresabschlusses, auch wenn der Ausschuss diesen letztendlich einstimmig in der Sitzung am 05.11.2015 beschlossen habe. Zudem ist er enttäuscht, dass der durch Frau Klug zugesagte Zeit-/Maßnahmenplan zum Projekt „Verbesserung der Qualität im Rechnungswesen“ nicht vorgelegt wurde. Er bittet, den Zeit-/Maßnahmenplan zur nächsten Ausschusssitzung zur Verfügung zu stellen. Eine Vorlage dieses Planes sei für die Steuerung des Gesamtprojektes sowie in der Zusammenarbeit zwischen Ausschuss und Verwaltung unumgänglich. Darüber hinaus bezeichnet er die nach wie vor bestehenden personellen Vakanzen als erschreckend.

Frau Dresler-Graf und Frau Möller schließen sich der Bitte nach einem Zeit-/Maßnahmenplan zur nächsten Sitzung an. Zudem stellt Frau Dresler-Graf die Frage, wie der Stand des Stellenbesetzungsverfahrens sei und wie lange die Einarbeitungsphase der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dauere.

Frau Klug kann die Vorlage des Zeit-/Maßnahmenplans zur nächsten Sitzung nicht konkret zusagen. Es könne kein verlässlicher Plan aufgestellt werden, solange die offenen Stellen nicht besetzt seien. Da die Einführung von PSCD der Schlüssel zu einem testierfähigen Abschluss sei, wurden alle Kräfte aufgewandt, die Einführung zum Stichtag weiter voran zu treiben, sowie die notwendigen technischen Grundvoraussetzungen zu schaffen. Außerdem lägen die in der Mitteilung beschriebenen Maßnahmen nicht im direkten Zugriff von 20 - Kämmerei, es seien vielmehr eine Reihe von Prozessen und Mechanismen in den Fachdezernaten erforderlich, um die notwendigen Leistungen zu erbringen.

Herr Friedel führt bezüglich der vier offenen Stellen aus, dass bereits eine Stelle bei 11 - Amt für Personal, Organisation und Innovation besetzt werden konnte. Für diesen Bereich werde zudem die Ausschreibung einer weiteren Stelle vorbereitet. Verzögerungen träten momentan unter anderem aufgrund von Bewertungsfragen ein. Eine Auswahlrunde zur Besetzung einer weiteren Stelle sei für den 09.03.2016 geplant. Er weist darauf hin, dass das Interesse zur Aufgabenwahrnehmung im Finanzwesen gering sei und deshalb die Stellenbesetzungen nur langsam voranschreiten würden. Man nehme dieses Mal aufgrund der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Stellenbesetzung bewusst in Kauf, dass sich internes Fachpersonal auf die Stellen bewerbe und durch die Umsetzung an anderer Stelle eine Wissenslücke entstehe. Zum Zeit-/Maßnahmenplan gibt er den Ausblick, dass ein grober Plan vorgelegt werden könne, die einzelnen Schritte und Maßnahmen jedoch erst konkret und verlässlich planbar seien, wenn alle Stellen besetzt seien.

Herr Brust wendet ein, dass bei einer so dringlichen Stellenbesetzung eine parallele externe Ausschreibung sinnvoll sei.

Frau Klug erläutert, dass prioritär intern ausgeschrieben werde, da sie hoffe, die Stellen mit internem Fachpersonal besetzen zu können. Der Vorteil sei neben der abgeschlossenen Verwaltungsausbildung, dass dieses Personal bereits Kenntnisse über

die Strukturen sowie Prozesse der Fachverwaltungen und Arbeitsabläufe der öffentlichen Verwaltung besitze.

Frau Oedingen erklärt, dass ein Maßnahmenkatalog auch ohne Nennung konkreter Personen ausgearbeitet werden könne. Es reiche aus, die erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse des fehlenden Personals den Maßnahmen zuzuordnen. Darüber hinaus könnten bestehende feste Termine zur Prüfung des anstehenden Jahresabschlusses ein Grundgerüst für den geforderten Zeit-/Maßnahmenplan bilden.

Frau Klug erwidert, dass in verschiedenen Einzel- und Teilprojekten gearbeitet werde und eine Gesamtdarstellung sich nicht ohne weiteres realisieren lasse. Der komplexe Sachverhalt sowie die darauf fußenden detaillierten Prozesse ließen sich nicht einfach in einen Zeit-/Maßnahmenplan einbinden.

Zudem macht sie deutlich, dass die Verwaltung der Mängelkorrektur höchste Priorität beimesse, um testierfähige Jahresabschlüsse zu erhalten. Deshalb wurde der in der Mitteilung dargestellte Maßnahmenkatalog des Projektes „Verbesserung der Qualität im Rechnungswesen“ aufgeführt, um zu erläutern, in welchen Bereichen die Verwaltung arbeite, um ein uneingeschränktes Testat erreichen zu können. Mit Sicherheit könne zur nächsten Sitzung über Fortschritte innerhalb der aufgeführten 8 Punkte dieses Maßnahmenkataloges berichtet werden.

Ob ein den professionellen Kriterien entsprechender Zeit-/Maßnahmenplan tatsächlich vorgelegt werden könne, könne sie nicht zusichern. Wohl aber könne sie den Umsetzungsbericht über den Fortschritt zur Beseitigung der bisherigen Mängel zusagen.

Frau Dresler-Graf stellt insgesamt einen geringen Fortschritt fest. Konkret möchte sie außerdem über den aktuellen Sachstand bei der Grundstückserfassung und -bewertung informiert werden.

Herr Friedel erklärt, dass ca. 46.000 Grundstücke im Liegenschaftsbereich vorhanden seien. Man werde in den nächsten Wochen die Mängellisten gemeinsam mit 23 - Amt für Liegenschaften und Kataster sichten. Auch wurde der Bereich bereits personell verstärkt. Jedoch befänden sich die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch in der Einarbeitungsphase. Er sehe nur eine geringe Chance, bis zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses einen konkreten und verlässlichen Zeitplan, bezogen auf die Liegenschaftserfassung vorlegen zu können.

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

gez. J ö r g D e t j e n
Ausschussvorsitzender

Simone Duggan
Schriftführerin